

Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen: „Wahl-Beilagen“, „Kinderfreund“ sowie „Wolk u. Welt“. Manuskripten eingehenden Manuskripten ist stets das Redaktionsbüro zu befragen. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ sozialdemokratischer Verbände. — Schriftleitung: Dom 42/44, Holzstraße zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667. Besondere Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Reichsmark. Abonnementpreis vierteljährlich 6,- Reichsmark. Einzelhefte 20 Pfennig. Bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,50 Reichsmark. Einzelhefte 20 Pfennig. In den Bezugsstellen: Halle, Dom 42/44, Fernsprech-Anschluß 4667. Dr. Ulrichstraße 27. — Postfachkonto 20810 Halle

Vergeudet die Millionen.

Wie die geduldige Republik das schwarzweißrote Heer der monarchistischen Offizierspensionäre füttert. / Eine unerhörte Verschwendungswirtschaft im Reichswehrministerium.

Reichstag, räume auf!

Die bevorstehende Verabschiedung des Reichshaushalts macht eine Untersuchung des größten Ausgabepostens, nämlich der „Reichswehr“ und der Versorgungsgeldverträge, zur dringenden Notwendigkeit. Von 4100 Millionen der Ausgaben für den reinen Staatshaushalt verfließen die Pensionen des Reichs allein 1567 Millionen, mithin 38 Prozent der Verwaltungskosten in engerem Sinne. Der Pensionfonds teilt sich in 90 Millionen Zivilversorgung und 1467 Millionen Militärversorgung. Von diesen 1467 Millionen entfallen auf die Kriegsbeschädigten und Kriegesinteressierten 1141 Millionen. An ihnen zu zahlen, würde eine große Arbeitslosigkeit gegenüber den notleidenden Witwen und Waisen der im Felde Gefallenen und der Schwerverletzten bedeuten. Dagegen verdient der Betrag von 326 Millionen Reichsmark für Versorgungsgeldverträge von 31 765 Offizieren der ehemaligen Wehrmacht nicht unterstellt zu werden. Es beunruhigt gerade sehr die öffentliche Meinung, 1707 Generale der alten Armee ihren Unterhalt von der Republik! Wenn man bedenkt, daß ein nicht unerheblicher Prozentsatz des ehemaligen Offizierskorps nicht militärischen Beruf lediglich als Nebenberuf betreibt und sich nach Erreichung der Majoratsalter auf die zivilen Ämter oder Fabriken zurückzog, so muß die freigelegte Ausschüttung einer derartigen Summe ohne Rücksicht auf die „Rebensinnnahmen“ der Pensionsempfänger in der gegenwärtigen Zeit bitterer Not doch etwas bedenklich klingen. Ein weiteres und beschränktes Pension-Fonds-Führungsgesetz, das in erster Linie die Bedürfnisse des Elements des ehemaligen Offizierskorps zu erfüllen hat, ist also das Gebot der Stunde!

dennoch Oberpension, jeder Oberst, der eine Divisjon geführt hatte, eine Generalpension. Der Vertreter der Offiziersbinde machte das Reichswehrministerium darauf aufmerksam, daß die Annullierung dieser Bestimmung „nur“ etwa 2 Millionen im Jahr ausmache. Als der Vertreter des Reichs, ein Oberregierungsrat, erklärte, daß diese Majorate für ihre Tätigkeit schon durch erhöhte Gehälter im Krieg entschädigt worden seien und im übrigen als Regimentskommandeure nicht so den Gefahren ausgesetzt gewesen wären wie vorn an der Front, erregte dieses höchst verneinliche Argument „große Entrüstung“ auf „den Tribünen“. Trotz dieser Entrüstung und trotz einer weitläufigen Klage der Reichswehr gegen das Reichswehrministerium und die Pensionen der „nachrevolutionären Würdenträger“ beschloß der Große Senat des Reichswehrministeriums im Sinne der Sparmaßnahme des Ministers.

Es ist jedoch nicht allein die ehemalige Wehrmacht, welche die Pensionen des Reichs außerordentlich erhöht, sondern auch die junge republikanische Armee, die Reichswehr. Hat sich alle Mühe gegeben, den Pensionfonds mit 233 Millionen Reichsmark und 102 pensionierten Generalen zu belasten! Es ist schwer zu verstehen, wie in den 7 Jahren des Bestehens der jungen Wehrmacht allein 102 Generale „berbraucht“ worden konnten! Auch im Reichswehrministerium ist von der Sparmaßnahme, von der gelegentlich der Reichswehrminister spricht, absolut nichts zu spüren. Gegenüber den 21 Ministerialräten im Reichswehrministerium, den 25 im Arbeitsministerium, den 14 im Ernährungsministerium und den 16 im gesamten preussischen Innenministerium verhält das Reichswehrministerium eher nicht weniger als 39 Ministerialräte, denen weitere 25 in der Marineleitung zuzurechnen sind. (1) 12 militärische Abteilungsleiter und 9 Chef der Stäbe in der Seeverwaltung dürften eine ähnliche Stellung innehaben. Mehr sind nicht weniger als 378 beamtete Stabsstellen in der Seeverwaltung und 180 Offiziere als Referenten und Hilfsreferenten unterstellt. Während das preussische Innenministerium mit seinen 150 000 Beamten lediglich 16 Ministerialräte, und zwar für den gesamten Verwaltungsbereich des Innenministeriums im Anspruch nimmt, benötigt also das Reichswehrministerium nicht weniger als 86 höhere Beamte in der Stellung eines Ministerialrats!

Die alte und die neue Wehrmacht, die für die bürgerlichen Parteien seit Jahren ein einträchtliches Mälein „Mährchenmärchen“ gewesen ist, bietet also zweifellos die fürsorglichste Gelegenheit zu Sparmaßnahmen der Republik!

Kleine Entente, Ungarn und Rußland.

Von Hermann Wenzel.

Die am 10. Februar zusammengetretene Konferenz der Kleinen Entente giebt die Aufmerksamkeit der politischen Welt nicht nur deshalb auf sich, weil sie erst für Mitte Januar in Nagoya anberaumt, dann auf den 20. Februar verlegt und jetzt eben Gals über Kopf nach Temesvár einberufen wurde, sondern auch weil sich bei dem letzten Zusammensein der außereuropäischen Vertreter der Tschechoslowakei, Südbanwien und Rumänien wichtige europäische Ereignisse abgevollt haben, die auch den Südpolen des Erdteils nicht unberührt lassen.

Wenn in der zeitlichsten deutschen Presse die Kleine Entente stets als willenloses Anhängel des großen westlichen „Reichsbundes“ angesehen wird, ist das schlimme Missverständnis. Zwar entstand das Bündnis zwischen Prag, Belgrad und Bukarest, um die durch die Friedensverträge von Trianon und Neuilly gezogenen Grenzen zu wahren, und aus dem gleichen Grunde schloß sich Polen durch den Paß mit Rumänien als loyaler Partner an. Aber die eigentliche Wurzel der Kleinen Entente ist das Vertrauen der Staaten, die sich auf dem Gebiet der zerfallenen Donaumonarchie bildeten oder von ihm Zuwachs erhielten, in die Macht und auch den Willen der „großen Mächte“, den neuen Staat der Dinge im Osten auf jeden Fall und mit allen Mitteln zu schützen. Da das Grundprinzip der tschechoslowakisch-südbanwien-rumänischen Allianz heißt: „Sich selbst zu helfen, ist aber, offenbar hat sich in diesem, wenn man Polen hinzurechnet, bloß von über sieben Millionen Menschen auch der nach dem Weltkrieg unüberwindlich gemordete Drang der schwächeren Völker, nicht etwa Spielball der Großmächte zu sein.

Durch ihr ursprüngliches Ziel, Sicherung der Schwanzverträge von Versailles, ist die Kleine Entente infolgedessen entwicklungsfeindlich, als sie sich dem Anstich Österreichs an Deutschland widersetzt. Aber dem Frieden und Fortschritt dient sie, wenn sie durch ihr bloßes Dasein die Reuegefühle Ungarns dämpft. Daß über eine Million Magyaren in Rumänien, 800 000 in der Tschechoslowakei und 470 000 in Südbanwien der Hofhoff für eine Kreditausgabe abgeben, trich die sich bedrohlich fühlenden Regierungen Prag, Belgrads und Bukarests um so eher zueinander, als in Budapest nach wie vor die alte hochherrliche Herrenrasse am Ruder ist, die durch Vergewaltigung der rumänischen Völker, sozialer Schand und Verbruch des Weltkrieges trägt. Die Schmach, Raubschändung und Ruin dieser ganzen Gegend, wenn sich die „Heilige Kreuzfahrt“ auf eine irdische Erde herabstürzt, der Friede im Südbanwien bedroht ist, denn ein Gottesgnadenkönig von Ungarn findet nur in der Aiderberührung alles dessen, was 1918 über Bord ging, seine natürliche Rechtfertigung. Bei jeder Gefahr einer monarchistischen Restauration drückt die Kleine Entente darum auf den Knopf wie bei dem Einbruch Karls des Rechten, dem sofort automatisch die Mobilisierung von zwölf tschechoslowakischen und acht südbanwien Divisionen folgte. Da das Drum und Dran der Frontenführung erfüllt hat, daß Budapest immer noch ein gärendes Nest voller Mähe, Putschgefühle und Reuegefühle ist, wird diese Bestimmung, die unter dem Vorwande der Sicherung des Reiches vorantritt, eine neue Kammer um die Kleine Entente legen.

Aber im Zusammenhang mit Letztem laucht auch das russische Problem am Horizont der zersetzenden Konferenz auf. Die anfängliche irrige Meinung, als sei die Kleine Entente eine Kriegsmaschine der kapitalistischen Weltmächte gegen das bolschewistische Rußland, hat die Zeit gründlich bereinigt. Zwar sieht Rumänien wegen Westarabien in hartem Gegensatz zur Moskauer Politik, aber gerade weil es sich in dieser Hinsicht von den Bundesgenossen nicht getrennt weiß, nähert es sich Polen, das ebenfalls aus territorialen Gründen mit dem Sowjetland nicht freundlich verbunden ist. Tschechen und Südbanwien nämlich haben keinerlei Streitpunkte mit den Russen, denken nicht daran, sich wegen der Rumänen die Hände zu verbrennen und sind von früher her, da die kleinen tschechischen Pflichten vertrauensvoll auf den großen Bruder mit dem „Wunderhoh“ schauten, sogar dem Russentum am sich wohl geneigt. Allerdings erhoffte Prag eine andere Zukunft Rußlands als Belgrad; jenes hätte die Umwandlung des Sowjetstaates in eine demokratische Republik, dieses die Wiederherstellung des zaristischen Reiches gesehen. Zur Aiderberührung verhielt sich denn natürlich lediglich „stark neutral“; er beherrschte Prag und seine weissen Truppen nach ihrer Niederlage und baldete durch Zahl und Rang den diplomatischen Vertreter des Jaren in Belgrad, während sich Prag immer mehr mit dem Gedanken der Anerkennung der Sowjets befreundete; daß die tschechische Sympathie in Rußland einen Teil des Rufes zu gewinnen hat, den sie vor dem Österreich-Ungarn besessen hatte, sprach mit. Obwohl formell jeder der drei Partner der Kleinen Entente bezieht sich auf Rußland zu stellen, wie ihm behagte. Die Rumänen mit äußerstem Mißtrauen auf jeden Schritt seiner Verbindungen, der sie Moskau näher brachte. Aber nachdem Frankreich vorausgegangen ist, läßt sich die Tschechoslowakei nicht mehr halten, und nicht minder ist Südbanwien auf Aufnahme der Beziehungen mit Rußland bereit. Auch darüber wird man in Temesvár reden, und es mag den Schwergewichtigen, besten Vertrag mit Polen, Rumänien, Bulgarien, nicht mindern, daß ein tschechischer Führer auf der Durchreise nach Westen in Warschau geradezu herzlich aufgenommen wurde.

Die Pläne der sich nie mit Meinlichkeiten abgebenen russischen

Heute Mussolini-Debatte.

Berlin, 9. Februar. (Abendmeldung.)

In der heute nachmittags um 3 Uhr beginnenden Mussolini-Debatte des Reichstags wird für die sozialdemokratische Fraktion Friedrich Schaper sprechen. Die Regierungsparteien beabsichtigen, durch den Abgeordneten Scholz von der Deutschen Volkspartei eine gemeinsame Erklärung abgeben zu lassen. Der Plan ist, am Schluß der Debatte alle Parteien, mit Ausnahme der Reichswehr und Kommunisten, auf eine gemeinsame Entschließung über die Erklärung zu veranlassen. Der Ausschuss der Reichstags tritt heute vormittags zur Vorbereitung der Mussolini-Debatte zusammen.

Eine schweizerische Mahnung.

Genf, 9. Februar. (Abendmeldung.)

Die unruhige Rede Mussolinis hat in der Welt die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. So schreibt das „Journal de Genève“: „An ein bestimmtes Minderheitsrecht für Italien im Friedensvertrag von St. Germain war nicht gebunden worden, nachdem seine Vertreter gegenüber den Alliierten und Willen die feierliche moralische Verpflichtung übernommen hatten, Schicksal in seinem Verprechen zu halten, betriebe die italienische Regierung heute aber eine Italienisierung brutaler Art. Wenn der Völkerverbund auch kraft des Friedensvertrages zum Schutze der Selbstredung nicht zum Zwecke ist, so ist es trotzdem nicht ausgeschlossen, daß er auf Grund des Art. 11 des Statuts anrufen werden könnte, der bekanntlich vorsieht, daß jeder Mitgliedstaat das Recht habe, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Versammlung oder des Rates auf jeden Zustand zu lenken, der geeignet ist, sie in seinen Beziehungen zu beeinflussen und der in der Folge den Frieden oder das gute Einverständnis unter den Nationen, von dem der Friede abhängt, zu lären droht. Um es nicht zu einem schmerzlichen Konflikt zwischen Deutschland und Italien, sowie Italien und dem Völkerverbund kommen zu lassen, müsse man allerdings wünschen, daß der Völkerverbund von einer solchen Intervention Gebrauch zu machen vermöge. Es müßte aber bemerkt werden, daß der Völkerverbund nicht unrichtig seinen Sinn, wenn Mussolini, wie er selbst in seiner Rede sagt, wirklich gewonnen sein sollte, die italienische Forderung nicht als Drohung zu betrachten.“

Ein schönes Fabrikgebäude.



Das auch ein Fabrikgebäude schon sein kann, beweist das oben abgebildete Bild aus Schwaben in der Schweiz.

Glühn gegen Deier.

Sämtliche Parteien mibbilligen die Personalpolitik der Reichsbahngeſellſchaft.

Deuſcher Reichstag.

Berlin, 6. Februar. (Soz. Preſſenb.)

In der Monatsſitzung des Reichstages gab es zunächst ein kleines Gespräch für die kommende Muſſolini-Debatte. Dem Reichskauſenminister Dr. Straſemann, der noch vor wenigen Wochen Herrn Muſſolini gegen Angriffe des Sozialdemokraten Dr. Dillinger verteidigt hat, ließ nun doch allmählich die redneriſchen Entſcheidungen des geſteiften italieniſchen Diktators zu laut geſprochen. Er verlangte den Eintritt in die Tagesordnung des Wort, um zu erklären, daß die Reichsbahnverwaltung am Dienſtag auf die Rede Muſſolinis zu antworten gedenkt. Bald darauf ließ auch eine Interpellation der vier Regierungsparteien zu, die von der Regierung Auskunft verlangte, welche Stellung ſie zu den Ausführungen Muſſolinis einnimmt. Demnach gab es einen ſocialdemokratiſchen Kommuniſtiſchen Vorſchlag zugunſten der Erwerbsloſen und Kurzarbeiter. Nach einer Anfrage des kommuniſtiſchen Abg. Schur erklärte der ſocialdemokratiſche Abg. Aufhäuser, daß ſich der Reichstag bei dem Verlaſſen der Reichsbahnverwaltung nicht mehr länger der Mißbilligung des Reichstages, die Frage der Erhöhung der Erwerbsloſenunterſützung und der Unterſützung für die Kurzarbeiter ſelbſt in die Hand zu nehmen. Die Anſichtungen der Reichsbahnverwaltung im Ausmaß ſeien vollkommen ungenügend geſehen. Die Sozialdemokratie werde ſchon in der Dienſtagſitzung des Ausſchuſſes die Anträge zugunſten der Erwerbsloſen und Kurzarbeiter einbringen. Damit erklärten ſich auch die Kommuniſten einverſtanden.

Die weiteren Stunden der bis nach 11 Uhr abend dauernden Sitzung waren ein einziger Angriff des Parlaments ohne Unterlaß der Parteien auf die Personalpolitik der Reichsbahnverwaltung. Der Verkehrsausschuß legte eine Entschließung vor, die den Reichstag auffordert, die Personalpolitik der Reichsbahnverwaltung ſelbſt zu mißbilligen. Die Reichsbahnverwaltung ſoll erſucht werden, daß die weitere Maſſenabbaß von Beamten und Arbeitern eingeleitet wird, daß ausgedehnt werde mit der Rückübernahme von planmäßig hinhaltbaren Beamten in das Arbeiterverhältnis, daß hieſelbe die Beamten wieder in ihr Beamtenverhältnis einſetzt werden und überdies die ſchwereren Mißstände, die ſich zuweiſen bei der Personalpolitik der Reichsbahnverwaltung vorliegen, beſtätigt werden. Nach dem Vortrag des Berichterstatters sprach zunächst der ſocialdemokratiſche Abg. Steinbock der erklärte, man habe den Eindruck, daß nicht mehr Wiſſenſchaftler, sondern „wilde“ gewordene „Demokraten“ am Werke ſeien. Die Maßnahmen der Reichsbahnverwaltung hätten mit dem Reichsbahngesetz nicht mehr zu tun, ſo daß es unrichtig ſei, die Dames-Geſchäft für dieſe Maßnahme verantwortlich zu machen. Es ſei eine Anzahl von Mißständen. Die höheren Beamten erhalten hohe Salarien, die Direktoren würden mit ungeheuren Gehältern ange-

ſetzt, und die die Maſſe der Beamten und Arbeiter ſei nicht zufrieden. In der Raum mitter, in der Sache nicht viel weniger beſtimmt, sprach der Zentrumsbürgermeiſter Goß, der ebenfalls rügte, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Maſſe der Personalität ſich ständig verſchlechterten. Der kommuniſtiſche Abgeordnete ſetzte ſich lächelnd über die Rede und verlangte, daß die bei der Erhebung ſtehenden Direktoren vor den Einwirkungsbeſtand geſetzt werden, was wegen ſeiner beſonderen Ausdrücke einen ungewöhnlichen Oubolismus des Reichspräsidenten an. Sehr laut und ſchönard war die Antwort des Reichsbahnverkehrsausschusses Dr. Straſemann. Nach 8 Uhr abends wurde die Ausſprache abgebrochen. Nächste Sitzung Dienſtag 2 Uhr nachmittags.

Der Wortlaut des Mißbilligungsantrages.

I. Die bezügliche Personalpolitik der Deuſchen Reichsbahngeſellſchaft ſoll mißbilligt werden. Inſondere, weil die bei Beratung des Reichsbahn- und Reichsbahnpersonalgeſetzes im Reichstag abgegebenen Erklärungen und Zuſicherungen nicht eingehalten worden.

- II. Die Reichsbahnverwaltung ſoll erſucht werden, ihren Einfluß auf die Deuſche Reichsbahngeſellſchaft geltend zu machen, damit
1. Die Rückübernahme von planmäßig hinhaltbaren Beamten in das Arbeiterverhältnis ermöglicht wird.
 2. Der weitere Maſſenabbaß von Beamten und Arbeitern eingeleitet und etwa noch nötige Personalveränderungen durch natürliche Abgang erledigt werden.
 3. Die durch den nachrückenden Abbau in beſtimmten Bezirken entſtandene Arbeitslosigkeit und materielle Benachteiligungen beſeitigt werden.
 4. Die in das Arbeiterverhältnis überführten ehemaligen planmäßigen Beamten in erſter Linie wieder in das Beamtenverhältnis zurückgeführt werden.

III. Die rechtlichen und geſchäftlichen Folgen der unter unzulässigem Druck (Drückungen mit Kündigung und Verlust des Arbeitsplatzes) erſetzten Mißbilligung ins Arbeiterverhältnis wieder gutgemacht werden. — Ferner

- a) einen Geſchäftswort vorzulegen, nach dem geeignete Maſſenabbaß der früheren Reichsbahn unter Abhebung der Beſtimmungen des Reichsbahngesetzes nach Maßstab der Reichsbahngesetzgebung herangezogen werden können.
- b) dafür Sorge zu tragen, daß Personalbetriebe in der Verwaltung zurück berufen werden.
- c) Verhandlungen zur Änderung des Reichsbahngesetzes, inſondere des § 24 einzuleiten und dem Reichstag möglichſt bald einen entſprechenden Geſchäftswort vorzulegen.

Echo der Muſſolini-Rede.

Die von den Regierungsparteien im Reichstag eingehende Interpellation über die Rede Muſſolinis hat folgenden Wortlaut: „In der Parlamentsſitzung vom 6. Februar hat der italieniſche Miniſterpräſident unter Bezugnahme auf die Lage in Süditalien Ausführungen gemacht, die das Verhältnis des Deuſchen Reiches zu Italien betreffen. Wir fragen an:

1. Ist der Reichsbahnverwaltung der amtliche Wortlaut dieſer Ausführungen bekannt?
2. Ist die Reichsbahnverwaltung in der Lage, dem Reichstag über ihre Stellung zu dieſen Ausführungen Auskunft zu geben?

Der unſtatliche Einfluß des Reichstages iſt für Dienſtag mit 12 Uhr einberufen worden und wird ſich mit der Vorberatung der Muſſolini-Debatte beſchäftigen.

Erfindungen, aber kein Patent.

Es bezieht ſich ein Zaß, an dem die Lommuniſtiſche Preſſe nicht die Bildung neuer Erfindungsrechte erfindet. Es iſt demgegenüber auf Grund unſerer bisherigen Erfindungsregeln feſtzuſtellen, daß die Erfindung eines neuen Erfindungsrechts, wie es die Kommuniſten auffoſſen, abgelehnt worden iſt. Auch der neue Erfindungsrechtswinkel, wie er aus Wortlaut und Inhalt der Erfindung abgeleitet werden iſt, bezieht auf freier Erfindung.

Die SPD. ſollte ihre Erfindungen einmal zum Patent anmelden. Das war ein Geſchick.

Wollte freilich greifen weiter. Dem erſten Antrag, mit dem ſie gegen Socarno ausſetzte, dem Bündnis mit England, ſoll ein zweiter folgen, indem ſie die ſlawiſchen Staaten der Kleinen Entente in ihre Reize lockt. Darum erſucht die alle panſlawiſche Erziehung mit neuer Welle, und Humanität hoch, ſeine Forderung vor Augen, nur über Abmachungen aus. Aber in Frage wie in Belgard hat man genau dem Sozialismus getreu, um zu wiſſen, daß auch unter veränderten Verhältniſſen der Saß gilt: Der Sozialismus iſt eine Illuſion oder die ruſſiſche Armee! Klein oder ſehr hat man in Terebinth im Auge, das System der Kleinen Entente, das durch den Vertrag mit der ſlawiſchen Staaten nach Norden verlagert iſt, durch Schaffung der „Balkanischen Staaten“, eine Reihe von Sicherheitsverträgen mit Griechenland und Bulgarien, nach Südosten zu verlagern; die Annäherung der ſlawiſchen Staaten gegen Belgard und Sofia ſind ſcheinbar ungenügend ſicher, und England arbeitet als Gegenſpieler Rußlands namentlich in ſelben in gleicher Richtung.

Mag von alledem kaum ein Spitzel aus dem Sozialismus-Kommunismus der Terebinth Konferenz herausſchauen, ſo liegen doch hier Entdeckungen angedeutet, die auch im allgemeinen europäiſchen Intereſſe Aufmerkſamkeit verdienen.

Das Aufnahmegeſetz in Genf übermitteln.

Ein Kommentar der Reichsregierung.

Berlin, 6. Februar. (Radiotelegramm.) Die Reichsregierung hat das Aufnahmegeſetz für Genf nach am geſtern Abend durch den Reichsausschuß an das Bundesratsſekretariat übermitteln laſſen. Die Note umfaßt nur wenige Sätze und wird am Mittwoch beſtätigt werden. Die erſte Wirkung dürfte ſein, daß der Generalſekretär bereits in den nächsten Tagen in Berlin eintrifft, um über die Befreiung der Deuſchen in vorbehaltenden Stellen im Bundesratsſekretariat zu verhandeln. Der Reichspräsident hat dem Eintritt in den Bundesrat und dem ſofortigen Aufnahmegeſetz ausdrücklich ſeine Zustimmung gegeben. Auch der Wortlaut der Note fand keine ausdrückliche Genehmigung.

Die Reichsregierung hat ſich veranlaßt geſehen — und zwar ſcheint es, daß die Furcht vor dem deutſch-nationalen Geſchick ſie davon verleiht hat — ihren Beſcheid mit einem erlöſenden Kommentar zu verſehen. In ihm heißt es zum Schluß:

„Was den Inhalt der Arbeit im Bundesrat betrifft, ſo liegt die alle politiſche Verantwortung bei den Bundesratsmitgliedern. Das Recht zu einer Beratung im Bundesrat herbeizuführen und auf dieſe Weiſe ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Dadurch wird Verſchiedenheit die Wiederbeteiligung an den großen politiſchen Entſcheidungen ſchwerer. Im Bundesrat kann ſeine Arbeit nicht ſein, daß der Generalſekretär bereits in den nächsten Tagen in Berlin eintrifft, um über die Befreiung der Deuſchen in vorbehaltenden Stellen im Bundesratsſekretariat zu verhandeln. Der Reichspräsident hat dem Eintritt in den Bundesrat und dem ſofortigen Aufnahmegeſetz ausdrücklich ſeine Zustimmung gegeben. Auch der Wortlaut der Note fand keine ausdrückliche Genehmigung.“

Wandt entlaſſen. Der kommuniſtiſche Schriftſteller Wandt iſt am Montagmittag um 12 Uhr aus dem Gerichtsgefängnis in Potsdam entlaſſen worden. Die Verurteilung ſeiner Freilaffung wird mit einem „Artemis“ entſchieden. Holmann verurteilt. Aus Zürich wird gemeldet, daß dort der auch dem Reichstag angehört die Partei ſocialdemokratiſche Reichstagsabgeordneter Holmann verurteilt worden iſt. Holmann laſte ſich mehrere Tage vor dem Beginn des ſeit immer noch andauernden Prozeſſes durch die Anklage der Verurteilung zu entziehen. Seine Beſchwerden erloſte unter Beteiligung eines deutſchen Kriminalbeamten.

6. Symphoniekonzert im Stadttheater.

Walter Braunfels-Abend.

Leitung: General-Muſikdirektor G. Band.

In den Reihen der nachwuchernden Wärdener laucht der Name Walter Braunfels mit ſeiner Oper „Halada“ erſtmalig auf. Man merkte einem Teil, der ſich der großen Oper näherte und teilweis in Dramas und Wärdener muſizierte. Braunfels iſt in ſpäteren Arbeiten ganz von der Wärdener neuen romantiſchen Schule beſetzt, die durch Schüller's „Robelara“ den erſten Erfolg hatte. Die erſten Klavierwerke von Braunfels zeigen die Haltung der Wärdenerer Art und Weiſe. Braunfels und die Wärdenerer ſind in der Oper „Halada“ erſtmalig auf die Bühne getreten. Der geſtaltvollere, ſchönere Wärdenerer iſt Braunfels mit ſeiner tiefen Phantaſie und ſchwärmeriſchen Naturbeſetzung, mit einem tiefen Sinn für die ſchönſten, anſchaulichſten, bildhaften und ſonataſtiſchen Intentionen. Mit dieſen Elementen beſetzt er ſich in der Wärdenerer großen Erfolge. In voller Reife zeigt ſich Braunfels in ſeinem ſchönſten, anſchaulichſten Spiel „Die Wärdenerer“ nach Artillophanes. Der geſamte Einbruch dieſes Werkes zeigt, ein ſchönes, perſönliches, geiſtliches, ſchönſtes, Balſamisches, mit Wärdenerer und Wärdenerer. Die nicht nur von Schülern, ſondern von jedem Inſtrument geſungen und orcheſtral in der Verwendung der Einſtimmen bringt. Die Ausprägung der aus höchſte geſteigerten Tonmalereien zeigt über allem ein ganz impoſante, artillophäniſches. Aus dem Opernwerk „Die Wärdenerer“ laſten wie Verſpiel und Wärdenerer ſchönſten Menzſen. Man merkte auch an dieſem Teil der Oper die höchſte ſchönſte Weiterſetzung, den Impoſantiſmus in der Stimmung, das tiefſte Klagen in der Oper. Es folgte drei ſchönſte ſchönſte in Form, Tonart, Rhythmus und Melodie von ſich nach der Stimmung, das auch von melodiſchen Reizen erlöſte, erlöſte manſchallig laſen. Das Wärdenerer ſchönſte geht wohl auf den Erſtlingſchweren dieſes Werkes: es ſchönſte ſchönſte Klagen und neuromantiſchen Formen und nicht nicht liberal ſchönſte. Am wertvollſten iſt es im zweiten Teil.

Das impoſante Werk des Abends war die Wärdenerer Don Juan, ein Orcheſterwerk von romantiſcher Kraft und

Generaldirektor Deier.

originalen Klangſinn. Sie trahit die Muſik in den Reihen der Wärdenerer und ſchönſte und die aus höchſte geſteigerte Ausdrucksfähigkeit. Freilich wird außerer Klang mit innerer Wärme verwechſelt. Das Orcheſter untermaß mit einem Plus an Wärmeflägen.

Der Komponiſt iſt ein ganz hervorragender Muſiker, der ſtark an die Wärdenerer von Rrahms erinnert. Die Sängerin Deyne Rrahms aus Dresden gab all der Feder mit ſeiner Kultur und geſchickter Muſikalität. Es gab beſonders für den Komponiſten und die Sängerin großen Beifall. Ob er auch den Komponiſten nennig? Ja glaube kaum.

Denkmäler einer unbekanntes Menſchheitsgeſchichte. Die wiſſenſchaftliche Expedition des erſten Expeditionſchiffes, das die Welt umkreuzte, wurde von der Expedition des Wärdenerer aus dem Wärdenerer ſchönſten Menſchheitsgeſchichte. Die Expedition wurde von der Expedition des Wärdenerer aus dem Wärdenerer ſchönſten Menſchheitsgeſchichte. Die Expedition wurde von der Expedition des Wärdenerer aus dem Wärdenerer ſchönſten Menſchheitsgeſchichte.

Volksſchauspiel Theater und Familien.

Stadttheater. Als Aufführung bereitet das Stadttheater die Oper „Dona nobis pacem“ von Dr. Kurt Schickel vor, die am 16. Februar unter der muſikaliſchen Leitung von Generalmuſikdirektor Wandt und der Regie von Oberregisseur A. W. Woelfel in Szene geht. — Am heutigen Dienſtag zum erſten Male „Regentars der Liebe“, Schwan in drei Akten von Hans Erism. — Mittwoch „Intermezzo“, Donnerstag „Ein Walzertraum“, Freitag „Regentars der Liebe“, Sonnabend „Die verkaufte Braut“. — Sonntag 12 Uhr „Familie Sonnemann“, abends 7 Uhr „Ein Walzertraum“.

Volksſchauspiele. In den Aufführungen der Kulturſingergemeinde haben unſere Mitbürger erſtaunliche Erfolge. Die nächste Aufführung wird „Anulie“, eine Filmkomposition von dem Malerparadies im Südlichen Garten, am Donnerstag, dem 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr im Kulturſingenraum. Karten für Mißgelder zu 80 Pf. in der Geſchäftsſtelle, Reichenſtraße 14.

Halleſche Sing-Akademie.

Aufführung des Oratoriums „Die Schöpfung“ von Haydn Leitung Dr. G. Schöberl.

In einer verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit hat der begabte und ſleißige Leiter der Singakademie, Dr. Schöberl, einen Chor ſo in ſeinem Rängen geübt, daß er die Aufführung eines ſchönſten Oratoriums ſchaffen konnte. Der die Schöpfung und die Wärdenerer ſchönſten Menſchheitsgeſchichte, wie er aus Wortlaut und Inhalt der Erfindung abgeleitet werden iſt, bezieht auf freier Erfindung.

Als Haydn 1788 ſein Händchen in der Vorstadt Gumpendorf bei Wien geſetzt, war er 81 Jahre alt. Dieſes kleine Gartenhaus engliſcher Art der Schöpfung iſt ein einziges in dieſer Gattung gebräut; freilich hat Wien erlöſt ſich ſpäter, dem engliſchen Zeit eine freie Ueberlegung zu geben. Haydn begann die Kompoſition der Schöpfung 1790 und im April 1798 war die Partitur fertig. Nach langer Schöpfung, die beſonders materieller Natur waren, übertrug ſich Haydn in dem Komponiſten 200 Dukaten und zahlte alle Kosten der Aufführung.

So fand denn die Erſtaufführung der Schöpfung im Schöpfungsbauſaal am 19. Januar 1798 statt und wurde als Benefiz Aufführung am 10. März wiederholt. Ermutigt durch den großen materiellen und ſchönſten Erfolg begann der Meißner ein neues Oratorium. „Die Wärdenerer“ auf komponieren. Auch dieſes Oratorium hat in aller Welt großen Erfolg gehabt und auch noch heute ſeinen Wert voll behalten.

Die geſteigerte Aufführung der Schöpfung iſt ſehr geſchicklich geübt worden. Die Wärdenerer ſchönſten Menſchheitsgeſchichte, wie er aus Wortlaut und Inhalt der Erfindung abgeleitet werden iſt, bezieht auf freier Erfindung. Die Wärdenerer ſchönſten Menſchheitsgeſchichte, wie er aus Wortlaut und Inhalt der Erfindung abgeleitet werden iſt, bezieht auf freier Erfindung.

Magistrat-Gefüge.

Sabotage des Adressenbeschlusses durch den Magistrat. / Die Bürgerblockvertreter erklären offen, daß sie die städtische Regie verhindern werden, solange sie die Macht dazu haben. / Auch die Bergwerke soll zu einem Tummelplatz der Schwarzweißrotten werden. / Magistrats-Erklärungen über die Stadtbank.

Halle, den 9. Februar 1928.

Der Organ der Massennot, der täglich eine immer größer werdende Zahl von Epiken beschäftigt, ist auch in der heutigen Sitzung über die Angelegenheit der Stadtbank. Gegenüber den vielfachen Eingriffen betont, daß Verständnis für die Not der Erwerbslosen wurde und daß den Epiken der Wirtschaftskrise in erste Linie durch Arbeitsbeschaffung geholfen werden müsse. Geht man von der Stadtbankverwaltung ihre Zustimmung gegen auf Ausfüllung größerer Arbeitsstellen, die etwa 400 Erwerbslosen eine zeitliche Lohn und Brot bringen werden. Aus der darüber gepflogenen kurzen Debatte interessieren besonders die ersichtlichen Zahlen über die Erwerbslosigkeit in Halle, die bekanntlich einen bisher noch nicht gekannten Stand erreichten haben, und die Anprangung der Monopolbetriebe gewisser Konzernfirmen, die in den städtischen Betrieben ein höchst willkommenes Ausdehnungsgebiet erblicken. Die Erklärungen des Magistratsdelegierten über die Gründe, die den Magistrat veranlassen, städtische Aufträge auch unwürdigen Firmen auszulassen, haben uns einen tiefen Einblick in die Methoden kapitalistischer Unternehmungen, die sich ebensolche nicht dazu entschließen können, durch Vereinfachung und Verbilligung der Betriebsverwaltung, durch Reduzierung des obersten Verwaltungsapparats konkurrenzfähig zu werden. Gerade der unwirtschaftliche Apparat, verkörpert durch ein Heer von Direktoren, Profuratoren und vielfach überflüssigen Ingenieuren, ausgefüllt bis zum Überfließen, ist es, der die Annahme derer Firmen immer konkurrenzfähig macht. Ob der Magistrat den von der Mehrheit geforderten Beschäftigten durch den ganzen Auftrag nach Annahmehilfe leisten wird?

Bemerkenswert war das offene Bekenntnis zum kommunalen Rechtsgut, das der Ordnungsbild durch den Mund des Herrn Minister abgelegt ließ, als die Frage der künftigen Wahlrechtsfassung der „Bergwerke“ zur Debatte kam. „Alles zum Wohle der Stadt und ihrer Bewohner!“ So lautet die Parole, mit der der Bürgerblock im Mai 1924 in den Wahlkampf zog. In der Praxis hat diese Parole, die zur Behinderung größtenteils geübt wurde, nichts anderes gebracht. Wenn Herr Minister erklärt, daß er und seine Freunde, die Herren Busse, Steinbrück usw., ererbte Feinde jeder städtischen Eigenwirtschaft seien und daß sie diese Wirtschaft zu einer Wüstenei machen, so nehmen wir davon gern Kenntnis. Dieses offene Bekenntnis des brutalen Wirtschaftsmannes ist das typische Kennzeichen jener Leute, die zu vornehmen, Allgemeininteressen zu vertreten, in Wirklichkeit aber die Interessen des Besitzes über alles stellen. Nebenfalls wird dieses Kapitel, das uns an die schlimmen Zeiten der Dreißigerjahre erinnert, noch grünlich zu erdönen sein. Auch einige heitere Augenblicke erlebte gestern unser Stadthaus. So, als der Vorsteher gegenüber einem kommunalistischen Redner, der sich darüber beschwerte, daß ein neuangelegter Gemarkungsentwurf ebenfalls von auswärts bezogen worden sei, mit dieser noch nicht ungehobener Schlagfertigkeit bemerkte, die „Bergwerke“ seien in der letzten Angelegenheit, der Wahlrechtsfassung, lediglich begleitet von der Stadtbank, die an die kommunalistische Fraktion gerichtete Mahnung, das Schammgelen der Köpfe von der Tribüne nach dem Saal zu unterlassen. „Saalpolitik“ riefen einige besonders witzig. Weitere Gemeinheiten wurden durchbrannt, aber der Saal, als in gebührender Sitzung ein Redner zur Begründung einer Forderung für den Zoo erklärte, man müsse sich auch mal für die Affen interessieren. Das taten die Herren Stadtväter denn auch, indem sie offensichtlich die Forderung bewilligten.

Sitzungsbericht.

Bei Eröffnung der jährlichen Stadtbankrechnung machte der Vorsteher Busse der Versammlung Mitteilung von der Antwort, die der Magistrat dem Plebiszitt wegen der letzten Wahlsatzung betreffend Unterstützung der Erwerbslosen hat zukommen lassen. Weiter gab er bekannt, daß der Magistrat den in derselben Sitzung gefaßten Beschlüssen auf Wiedererrichtung der selbständigen Arbeitsstellen in den städtischen Betrieben aus tatsächlichen Gründen nicht beizutreten imstande sei. In diesem Zusammenhang wurde der Arbeitsgeberverband und seine aus diesem Grunde nicht zufriedenstellend werden! Außerdem seien zentrale tarifliche Abmachungen wegen der Arbeitszeit zu erwarten. Da auf Antrag der Herren der Stadtbankvertreter die beiden Dokumente zugänglich gemacht und über sie in der nächsten Sitzung eine Besprechung stattfinden soll, konnte eine solche Angelegenheit noch nicht zur Sprache kommen. Unter den weiteren Eingängen befinden sich verschiedene Anträge und Beschwerden wegen der künftigen Verwendung der „Bergwerke“. Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Antrag eingebracht, die Stadtbankverwaltungsmasse die Verantwortung abgeben und auf der Bergwerke ein Jugendheim errichten.

Der Eintritt in die Tagesordnung gab Bürgermeister Schödel als Finanzdelegierter der Stadt zu den in den letzten Tagen durch die Presse gegangenen Meldungen über die

Kreditüberziehungen bei der Stadtbank Halle

eine Erklärung ab. Er behauptete, die Stadt entspringe einer Quelle, die den höchsten Kontingents nicht woblkäumt sei. Da wir aber keinerlei Grund hätten, eine öffentliche Erörterung zu iverden, solle heute in aller Öffentlichkeit dazu Stellung genommen werden. Die Stadtbank habe ihre Tätigkeit begonnen in der schlimmsten Zeit der Nullzinsen, wo mancherorts gefaßt, was in normalen Zeiten unübersehbar wäre. Eine Inflationsgefahr sei es auch, daß der Direktor, obwohl er gewußt habe, daß das naturgemäß ist, ohne Zustimmung des Kuratoriums Kredite gegeben habe. Sobald diese Kreditüberziehung kundbar würde, sei eine Aktion zu ihrer Sicherung einzuleiten, wobei den Kreditnehmern die Vorteile seien nicht entzogen, und würden noch weitestgehend Erleichterungen vorzunehmen sein. Letztendlich haben die Stadtbank Kredittafeln genug, um etwaige Ausfälle zu decken. Der Direktor der Bank sei ein Mann, der seine ganze Kraft in den Dienst der Stadtbank gesetzt und in der letzten Zeit bei der Ausübung der Geschäftstätigkeit habe. Von eigenen finanziellen Motiven könne bei seiner Handlungsweise nicht geredet werden, höchstens sei sie ein Ausfluß seines Ehrgeizes. Letztendlich hätten die städtischen Aufsichtsbehörden sich über die Bank in äußerster Unklarheit gesetzt.

Die Kommunisten beantragten die Einsetzung eines aus fischen Stadtbankvertretern bestehenden Ausschusses, um bei Vererbung von Krediten mitzuwirken. Für den Ordnungsbild betonte Stadtbankminister, seine Fraktion nehme die Erklärungen des Ministerpräsidenten zur Kenntnis und gebe der Erörterung Ausdruck, daß nach den eingehenden Darlegungen der Berichtsstelle die über die Stadtbank

bank höchstwahrscheinlich verbreiten Gerüchte in Zukunft verstummen würden und die Vertrauenswürdigkeit der Stadtbank nicht wieder gefährdet würde.

Genosse Schamburg erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion die öffentlichen Banken tatkräftig unterstützen. Ein Grund zur Einsetzung eines besonderen Ausschusses liegt schon deshalb nicht vor, da im Vorstand des Sozialfinanzkuratoriums, das gleichzeitig die Stadtbank mit beauftragt, vier Stadtbankvertreter sitzen, und alle Fraktionen dort vertreten sind.

Neben den Kommunisten nörgete der Sozialistischer Vertreter hier an der Erklärung des Magistrats herum, ohne jedoch offen mit der Sprache herauszurufen, daß er und seinesgleichen eigentlich Feinde der Stadtbank seien. Nachdem sich festgestellt hatte, daß der kommunalistische Antrag auf Einsetzung eines besonderen Ausschusses keine Aussicht auf Annahme hatte, begnügten sich die Antragsteller mit der Überzeugung der Angelegenheit an den Rechts- und Verfassungsausschuß.

Nach erfolgter Wahl von Mitgliedern der Wohnungsausschusskommission und eines Mitgliedes in den künstlerischen Beirat der städtischen Vapozizei sowie der Bewilligung von 10.000 Mark zur Beilegung an der Reichsgesundheitswohlfahrt durch das Kollegium zur Verwaltung der von uns bereits eingehend geäußerten Magistratsvorlage über die

Ausführung größerer Kostbararbeiten.

Nach Vortrag der Beschlüsse der Beschlüsse des Haushalts- und des Bauausschusses wurde die Stadtbankrechnung der Stadt Schamburg die Protestentscheidung der Bergwerke der Firma Gottfried Lindner in Annaburg zur Sprache und forderte vom Magistrat Auskunft darüber, welche Gründe ihn veranlaßt

Freiheit vom Religionsunterricht genügt nicht. Im Geiste im Deutschen und in Gesichte bezeugt den Kind immer wieder dem Dogma. Meide es darum zur Weltlichen Schule!

haben, einen immerhin nicht unerheblichen Auftrag trotz der immer noch anliegenden Erwerbslosigkeit nach auswärts zu vergeben. Der glückliche Magistratsdelegierter Stadtbankminister erklärte, der Magistrat habe nur noch pflichtgemäßes Ersehen geendet. Zur erfolgten Ausführung habe die auswärtsige Firma ein um 100.000 Mark niedrigeres Angebot abgegeben als die Firma Lindner. Erst hinterher habe sich Lindner bereit erklärt, mit dem Preise etwas herabzugeben. Um die fälligen Umsätze der Monopolisten zu berücksichtigen, hat Stadtbankminister ein Beispiel aus dem ihm ebenfalls unterstellten städtischen Elektrizitätswerk an. Als zunächst die Ausführung zur Lieferung von 20 Transformatoren erfolgte, seien von den Monopolfirmen 40.000 Mark dafür gefordert worden, und erst als eine andere Firma im Hinblick auf die Ausführung nur 20.000 Mark forderte, seien auch die Monopolfirmen mit ihrem Preis heruntergegangen. Das sei ein ungelinder Zustand, den der Magistrat auf keinen Fall billigen, geschweige denn noch unterstützen könne. Auch habe sich die Firma Lindner anständig sogar noch getraut, auf die Möglichkeit der Umbauarbeiten an den 21 Straßenbahnlinien überhaupt nicht Rücksicht zu nehmen, während sich die auswärtsige Firma sofort zur Einsetzung von 20 fälligen Arbeitsstellen bereit erklärt habe. Der Magistrat habe also durchaus im Sinne der städtischen Interessenförderung gehandelt, als er sich gegen die Monopolbetriebe der Firma Lindner abzuwenden zu lassen.

Die Kommunisten gaben sich mit dieser Erklärung noch nicht zufrieden. Ihr Redner Stadtbankminister sagte für die Firma Lindner häufig im Zeug und kritisierte insbesondere das in einzelnen Betrieben der Stadt noch vorherrschende Uebermaß an Personal und die Verschwendung des Materials zu dem Beschäftigung auf Wiedererrichtung des Adressenbeschlusses.

Stadtbankminister machte wieder einige recht interessante Ausführungen über den

gegenwärtigen Stand der Erwerbslosigkeit in Halle.

Eine Erklärung auf dem Arbeitsmarkt sei leider noch nicht eingereicht, wenn auch die Versicherung nicht angenommen habe. Im Augenblick sei zwar ein Stillstand der Neuanstellung zu beobachten. Aber dennoch seien beim Bergwerksbetriebe eine Anzahl von Arbeitsstellen auf Bergwerksgeländern eingeleitet. Die Tatsache, daß so viele Bauarbeiter arbeitslos seien, sei ein Beweis dafür, daß nicht die unzulänglichen Verhältnisse der Bergwerke, sondern daß das Darniederliegen der Bauwirtschaft ebenfalls eine Folge der Wirtschaftskrise sei. Jüngst sind

400 Personen als arbeitslos gemeldet. Neben sind nur 1700 unterhaltensfähig. Unter den 6400 Arbeitslosen befinden sich 1700 Inaktive, Metallarbeiter 1600 — eine Zahl, wie wir sie in Halle noch niemals erreicht haben. Die Bau- und Holzarbeiter haben 900, Transportarbeiter 300, Angehörige nahezu 200 Erwerbslose. Anlässlich dieser Ziffern werden die geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die durch die weitere Aufgabe der städtischen Verwaltung sein, mit weiteren Vorlagen heranzutreten. Die Schamburg der Sozialistenpartei, die das Schicksal der Erwerbslosen zum Selbstinteresse repräsentiert, wird sehr hart in Anspruch genommen und funktioniert ausgehend. Die ebenfalls gefasste Schwebewelle in der Angelegenheit der Bergwerke wird durch die Fraktionen mit Unterstützung des Magistrats in die Wege geleitet.

Begehren der Erwerbslosen

würden am Donnerstag ihren Anfang nehmen. Die Magistratsvorlage wurde hierauf einstimmig genehmigt, ebenso der von den Genossen Schamburg geleitete Antrag, den Magistrat zu ersuchen, den den Firmen in Wests erteilten Auftrag zurückzuziehen.

Die übrigen auf der Tagesordnung stehenden Magistratsvorlagen, wie Aufnahme eines Wohnungsausschusses, Abschluß eines Pachtvertrages, Änderung des städtischen Wohnungsplanes, Rücktrittserklärung an Stadtbaumeister und Landbauamt, Verkauf der städtischen Grundstücke 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, wurden ohne Debatte und meist einstimmig angenommen. Meinungsverschiedenheiten zwischen links und rechts fanden, wie zu erwarten war, erst bei der Vertagung der Magistratsvorlage auf Abschluß eines Pachtvertrages über die

städtische Wirtschaft „Bergwerke“

entstand. Der Magistrat glaubt in dem Eigentümer ein am Bande der Reihe eines der städtischen Betriebe, den er im eigenen Namen zur ordnungsmäßigen Verwaltung der Bergwerke

„Bergwerke“ gefunden zu haben. Als Maßgabe sind drei Jahre in Aussicht genommen. Der neue Pachtvertrag soll für das Jahr 1929 8000, das für die Jahre 1930 und 1931 14.000 Mark betragen. Genosse Petersdorff erinnerte an die im vergangenen Jahre durchgeführten an den bereits vor Jahren gefassten Stadtbankordnungsbeschlüssen, auf der Bergwerke ein Jugendheim

zu errichten. Dieser sei der Magistrat damals dem Beschluß nicht beigetreten, was den einseitigen Protest aller 22 städtischen Jugendverbände in Gestalt geblieben. Für die verhältnismäßig geringe Pachtsumme föhne die Stadt der städtischen Jugend, die heute abgedauert ist, drei Jahre lang eine prächtige Stadt schaffen. Es liege geradezu eine Schmach, daß eine Stadt wie Halle es dulde, daß die Jugend auf freies antworten ließe, wenn sie es nicht vorziehe, sich auf der Straße herumzutreiben. Alle die früheren Besprechungen des Magistrats seien nicht gehalten worden. An einseitigen Worten schiederte der Redner, wie schon es wäre, wenn auf der einen Seite unserer herrlichen Galetales das Meer der Jugend und auf der anderen Seite gegenüberliegenden Stelle die neue Stadthalle stünde. Da für die Jugend das Beste auf genug sei, müßte die Beschlüsse endlich der städtischen Jugend ausgiebig gemacht werden.

Stadtbankminister (Komm.) wandte sich unter Hinweis auf die Vorzüge in der Stadtbank, daß der Rentierhalter bald nicht mehr betreten könne, gegen die Verpachtung und befristete den sozialdemokratischen Antrag. Der Redner des Ordnungsbildes, Stadtbankminister, bemerkte, daß auf so unklarer Grundlage nicht gebaut werden könne. Wenn schon, dann müßte gleich etwas Ordentliches geschaffen werden. (Zuruf von den Räten der Sozialdemokraten: Wätsche Ausruhen!) Der Bearbeiter der eigenen Regie verbotene er mit der Bezeichnung als sozialdemokratischer Stedenpferd und erklärte mit erweiterter Offenheit:

„Wir sind grundsätzliche Gegner der Eigenregie und werden sie zu verhindern wissen, solange wir die Macht dazu haben.“

Nach einigen nichts Neues bringenden Ausführungen der Stadtbankvertreter in Bezug auf den Stadtbankminister (Komm.) wurde die Frage auf, ob die städtische Beschlüsse der Bergwerke für ein Jugendheim sei und machte dann wieder die bestimmten Versicherungen, die wir schon so oft gehört haben, wenn die Frage eines Jugendheims zur Erörterung kam. Der Magistrat würde eines jeden Tages mit einem großzügigen Programm aufwarten, das die Ausführung der Schaffung der Halle der städtischen dem dringenden Bedürfnis entsprechen würde.

Bei der Abstimmung hand die Rechte und Linke geschlossen gegeneinander, doch mußte erst noch eine zweite Sitzung, die von den Kommunisten beantragt worden ist, ebenfalls darüber entscheiden, ob auch die städtische Anlage zu einem Tummelplatz reaktionärer Elemente werden soll.

Hilfsmaßnahmen für die erwerbslosen Jugendlichen.

Einstimmig erklärte sich die Versammlung lobend dem einseitigen Beschlüssen der Bergwerke, die sich die sozialdemokratische Fraktion zu den übrigen gemacht hat, sofort beraten werden. Stadtbankminister (Komm.) begründete die Beschlüsse in der ihm eigenen unklarheit, daß die Jugendlichen endlich selbst einmal gerührt habe. An den Magistrat richtete er das Ersuchen, sich mit der Entscheidung, die eine ganze Reihe leicht erfüllbarer Wünsche enthält, recht einmündig zu beschäftigen. Wenn schon keine Erwerbsmöglichkei für die Jugendlichen gegeben ist, so wird es ein großer Teil derselben schließlich begriffen, wenn ihm Gelegenheit zur Fortbildung gegeben werden soll.

Weld großes Interesse die Bürgerlichen für das Schicksal der erwerbslosen Jugendlichen bezeugten, zeigte die fast völlig leeren Bänke der Rechten. Auf Antrag Hillman wurde die Entscheidung von städtischen Ausschüssen überlassen. — Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 7 Uhr.

Aufnahme einer 5-Millionen-Anleihe.

Im Anschluß an die öffentliche fand eine geheime Sitzung der Stadtbankvertreterversammlung statt, um über die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 5 Millionen Reichsmark Beschlüsse zu fassen. Die Anleihe soll verwendet werden: 2 Millionen für Grundbesitz, 1 Million zur Förderung des Kleinwohnungsbaus, 650.000 Mark zur Errichtung eines neuen Spielplatzes und sonstige mit dem Spielplatz verbundene Kapitalausgaben, 275.000 Mark für den Ausbau des im Stadtbelt Trotha gelegenen neuen Gartens, der die Bezeichnung Nordpark erhalten soll. Die Laufzeit der Anleihe soll 20 Jahre betragen. Dabei ist aber der Stadt Kass die Recht vorbehalten, die Anleihe schon nach Ablauf von fünf Jahren ganz oder teilweise zu kündigen. Die feststehende Zinsen sind erhöht am besten die Zinssätze, die für Staatsanleihen, Eisenbahnanleihen, Stempelnoten, Zinsen usw. der neue Betrag von 825.000 Mark zu entrichten ist, so daß in Wirklichkeit also nur 1.475.000 Mark zur Auszahlung gelangen, für 5 Millionen aber die Zinsen zu entrichten sind. Nach einer ziemlich lebhaften Debatte wurde die eingehend begründete Vorlage gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Parteiangelegenheiten.

Parteiangelegenheiten, Zusammenkunft aller in der SPD, organisierten Beamten. Parteifreund Petersdorff spricht über das Thema:

Beamtenhaft und Volksschule.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir zahlreiche Erscheinungen. Auch die Frauen müssen auf dieser Versammlung mitgebracht werden. Gästige sind willkommen.

Der Vorstand.

Die Schuldnerwerthaft für die Erwerbslosen

ist wieder neu eingerichtet worden: sie befindet sich in den Räumen des städtischen Arbeitsamtes auf dem Großen Berlin. Schuldner werden dort für Erwerbslose billig und barhaft angefaßt. Wir möchten bei dieser Gelegenheit unsere Anträge wiederholen, auch für andere Hilfsbedürftige — Rentnerempfang usw. — eine billige Schuldnerwerthaft einzurichten. Die regulären Preise, die von der Schuldnerwerthaft in Anspruch sind, können wieder nicht einmal von Rentnern gezahlt werden, viel weniger von Unterhaltungsmitgliedern.

